

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Verleger: D. Sargert.

Bezugspreis:

Einzelheft 10 Pf. — Preis: vierteljährlich 2,40 Mk.
Nachrechnung des Postgebührens.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile über 10 Zeilen 25 Pf., 10 Zeilen 30 Pf., 20 Zeilen 50 Pf., 30 Zeilen 70 Pf., 40 Zeilen 90 Pf., 50 Zeilen 1,10 Mk., 60 Zeilen 1,30 Mk., 70 Zeilen 1,50 Mk., 80 Zeilen 1,70 Mk., 90 Zeilen 1,90 Mk., 100 Zeilen 2,10 Mk., 110 Zeilen 2,30 Mk., 120 Zeilen 2,50 Mk., 130 Zeilen 2,70 Mk., 140 Zeilen 2,90 Mk., 150 Zeilen 3,10 Mk., 160 Zeilen 3,30 Mk., 170 Zeilen 3,50 Mk., 180 Zeilen 3,70 Mk., 190 Zeilen 3,90 Mk., 200 Zeilen 4,10 Mk., 210 Zeilen 4,30 Mk., 220 Zeilen 4,50 Mk., 230 Zeilen 4,70 Mk., 240 Zeilen 4,90 Mk., 250 Zeilen 5,10 Mk., 260 Zeilen 5,30 Mk., 270 Zeilen 5,50 Mk., 280 Zeilen 5,70 Mk., 290 Zeilen 5,90 Mk., 300 Zeilen 6,10 Mk., 310 Zeilen 6,30 Mk., 320 Zeilen 6,50 Mk., 330 Zeilen 6,70 Mk., 340 Zeilen 6,90 Mk., 350 Zeilen 7,10 Mk., 360 Zeilen 7,30 Mk., 370 Zeilen 7,50 Mk., 380 Zeilen 7,70 Mk., 390 Zeilen 7,90 Mk., 400 Zeilen 8,10 Mk., 410 Zeilen 8,30 Mk., 420 Zeilen 8,50 Mk., 430 Zeilen 8,70 Mk., 440 Zeilen 8,90 Mk., 450 Zeilen 9,10 Mk., 460 Zeilen 9,30 Mk., 470 Zeilen 9,50 Mk., 480 Zeilen 9,70 Mk., 490 Zeilen 9,90 Mk., 500 Zeilen 10,10 Mk., 510 Zeilen 10,30 Mk., 520 Zeilen 10,50 Mk., 530 Zeilen 10,70 Mk., 540 Zeilen 10,90 Mk., 550 Zeilen 11,10 Mk., 560 Zeilen 11,30 Mk., 570 Zeilen 11,50 Mk., 580 Zeilen 11,70 Mk., 590 Zeilen 11,90 Mk., 600 Zeilen 12,10 Mk., 610 Zeilen 12,30 Mk., 620 Zeilen 12,50 Mk., 630 Zeilen 12,70 Mk., 640 Zeilen 12,90 Mk., 650 Zeilen 13,10 Mk., 660 Zeilen 13,30 Mk., 670 Zeilen 13,50 Mk., 680 Zeilen 13,70 Mk., 690 Zeilen 13,90 Mk., 700 Zeilen 14,10 Mk., 710 Zeilen 14,30 Mk., 720 Zeilen 14,50 Mk., 730 Zeilen 14,70 Mk., 740 Zeilen 14,90 Mk., 750 Zeilen 15,10 Mk., 760 Zeilen 15,30 Mk., 770 Zeilen 15,50 Mk., 780 Zeilen 15,70 Mk., 790 Zeilen 15,90 Mk., 800 Zeilen 16,10 Mk., 810 Zeilen 16,30 Mk., 820 Zeilen 16,50 Mk., 830 Zeilen 16,70 Mk., 840 Zeilen 16,90 Mk., 850 Zeilen 17,10 Mk., 860 Zeilen 17,30 Mk., 870 Zeilen 17,50 Mk., 880 Zeilen 17,70 Mk., 890 Zeilen 17,90 Mk., 900 Zeilen 18,10 Mk., 910 Zeilen 18,30 Mk., 920 Zeilen 18,50 Mk., 930 Zeilen 18,70 Mk., 940 Zeilen 18,90 Mk., 950 Zeilen 19,10 Mk., 960 Zeilen 19,30 Mk., 970 Zeilen 19,50 Mk., 980 Zeilen 19,70 Mk., 990 Zeilen 19,90 Mk., 1000 Zeilen 20,10 Mk.

Nr. 284

Bielefeld-Bethel, Freitag, den 5. Dezember 1919.

Jahrgang 1.

Wer des Herrn Wort im Herzen hat, der wird so fest und unerschrocken, daß er kann der Welt und des Teufels Zorn und Toben verachten und dawider Trost bieten.
D. Martin Luther.

Gefinnungsgemeinschaften.

II.

Der Gegensatz von Zwangsgemeinschaft und Gefinnungsgemeinschaft tritt aber nicht allein bei uns und auf innerpolitischen Gebiet auf, wir finden ihn ebenso in der Welt-politik, im Wirtschaftsleben, im Kampf um die Schule und um die Neugestaltung der Kirche.

In der Weltpolitik herrscht augenblicklich der angelsächsisch-imperialistische, der Japan niederzuzwingen und die romanischen Länder mit Frankreich an der Spitze dauernd in seinen Dienst zu ziehen sucht. Wie Schachfiguren werden Länder und Völker von den Machthabern Englands und Amerikas hin und her geschoben, gegeneinander abgewogen und ausgespielt; militärische, wirtschaftliche und machtpolitische Erwägungen sind ausschlaggebend für die Leiter der Weltpolitik. Von ihrem hohen Standpunkte aus erscheinen die in Völkern und Staaten zusammengefaßten Millionen Menschen als Einheiten, sowie der oberste Heerführer eines Millionenheeres dessen Einheiten hin- und herschiebt, vorstößt und zurückzieht, schwenkt und marschieren läßt, je nach Notwendigkeit. Napoleon I. war Meister in dieser Art, mit Staaten, Heeren, Völkern als Einheiten zu rechnen, die Engländer wollen ihre Herrschaft, die politischen sowohl als auch die wirtschaftliche und kulturelle über alle Völker ausdehnen, einerlei, welcher Rasse, Religion und Eigenart sie sind. Der deutsche Staatsgedanke ruht im Anschluß an eigenartige Gedankengänge der klassischen, deutschen Philosophie, besonders der Geschichtsphilosophie Hegels, Völker und Staaten als Einheiten, die mehr sind als die Summe der einzelnen, die ihre Eigengesetzlichkeit haben und höheren Rechtes sind als die einzelnen; man hat das als deutsche Staatspolitik bezeichnet. Wie gewisse moderne deutsche Maler ihre Gemälde sozusagen in großer Schrift ausführen und sich aller sorgfältigen Einzelausführung enthalten, um monumentale Wirkung zu erzielen, so schieben sich für den Weltpolitiker die Menschen mit ihren tausend Unterschieden, mit den feinen und feinsten Schattierungen zu großflächigen Massen zusammen, er denkt in Kontinenten und rechnet mit Millionen. Ihm sind die Menschen nicht Menschen, sondern Mittel für seine Zwecke, nämlich Weltreiche aufzurichten, welche die verschiedensten Erdräume und Völkerschaften umfassen. Er muß Millionen von Menschen als gefügige Werkzeuge, etwa als Beamte und Soldaten haben, er bedarf gewaltiger Kapitalien und der Kriege, der Wehrmacht zu Wasser, zu Lande und in der Luft, um sein Reich gestalten zu können. Friedenspolitik und Krieg sind ihm gleich willkommen, wenn er nur sein Ziel erreicht, seine Gegner zu zerschmettern und sich über die anderen zu erheben. Härte, Selbstsucht und kriegerischer Ehrgeiz kennzeichnen diese Art Politik, welche starke Staaten, d. h. starke Zwangsgemeinschaften schaffen will, führt der Weg dazu auch durch ein Meer von Blut. Kriegerische Tüchtigkeit, nationale Ehre und Macht sind seine Leitmotive, seine größte Gefährdung aber kommt, wenn die Massen, die er verwenden muß, nicht mehr mittun, wenn sie Frieden und Freiheit d. h. Anteil oder gar Bestimmung an der Regierung haben wollen, also aufstehen werden, den Gehorsam verweigern, eigene Wege gehen, die von denen des Machtstaates weit abweichen, und als Menschen behandelt sein wollen. Wir haben im November vorigen Jahres den Zusammenbruch der Zwangsgemeinschaft erlebt, aber auch Österreich-Ungarn und Rußland sowie die Türkei sind den Gefinnungsgemeinschaften erlegen d. h. den zur Selbstbestimmung erwachten Völkerschaften. Die gleiche Gefahr droht dem französischen, englischen und amerikanischen Weltreich, wenn es der pazifistischen Demokratie und dem Sozialismus gelingt, Oberhand oder wesentlichen Einfluß zu gewinnen. Vorläufig scheint der Imperialismus in diesen drei Staaten wie auch in Japan fest im Sattel zu sitzen, aber niemand kann wissen, wie die Dinge sich in Zukunft gestalten werden.

Von wesentlicher Bedeutung hierfür wird sein, ob der Kapitalismus sich halten oder gar beseitigen können wird. Was im Großen Imperialismus heißt, bedeutet im Kleinen Kapitalismus d. h. der Kapitalist behandelt Menschen und Dinge nur als Mittel und Werkzeuge, wie der Imperialist. Ihm ist einerlei, wie seine Angestellten und Arbeiter heißen, um ihr Wohl und Wehe als Menschen kümmert er sich nicht, ihm genügt es, daß sie seinen Willen ausführen, seine Geschäfte abwickeln, sein Kapital vermehren helfen. Er will Herr im Hause sein, denn es ist sein Betrieb, sein Kapital, sein ist das Risiko, sein muß darum auch der Gewinn und das Herrenrecht bleiben. Wohl wird ein verständiger Unternehmer für seine Leute gut sorgen, sie gut behandeln, denn gut bezahlte und behandelte Arbeitsträfte tun ihren Dienst williger und besser, sodaß der Unternehmer schließlich selbst davon Gewinn hat; aber sein Herrenrecht will er sich nicht nehmen lassen. Unterordnung unter ihn, genaue Befolgung seiner Anweisungen muß sein, soll ein geordneter und gewinnbringender Betrieb möglich sein. Der Betrieb ist der feste Rahmen, in den sich alle einordnen müssen, niemand darf da etwas Eigenes sein oder wollen, er muß sein Ich opfern, muß sich als Teil eines großen Ganzen betrachten, als Rädchen einer Maschine.

Dagegen nun lehnt sich die Arbeitnehmererschaft auf. Sie will nicht mehr Mittel in der Hand eines anderen sein, sie will die Unterordnung durch die Nebenordnung ersetzen, das Herrenrecht brechen und Mitbestimmungsrecht gewinnen. Wie der Staat, so sollen auch die Betriebe und das ganze Wirtschaftsleben nicht mehr wie bei der Zwangsgemeinschaft von oben nach unten, auf Autorität und Gehorsam aufgebaut werden, sondern von unten nach oben unter Mitwirkung aller. Nicht mehr sachliche, wirtschaftliche, betriebstechnische Gründe sollen bei der Leitung eines Betriebes allein maßgebend sein, über der Sache, über dem Betrieb soll der Mensch stehen. Nicht mehr Sklaven des Kapitals, sondern Herrn der Wirtschaft sollen die Menschen werden, vor allem auch der Kapitalist selbst soll vom Joch des Kapitals befreit werden, ist doch der Unternehmer oft noch mehr Sklave seines eigenen Betriebes als ein Arbeiter oder Angestellter. Um dies Ziel zu erreichen, haben die Arbeitnehmer Gefinnungsgemeinschaften gebildet, die unter dem Namen Gewerkschaften bekannt sind und in gleicher Weise auf das Wirtschaftsleben Einfluß zu gewinnen bzw. es ganz zu beherrschen suchen, wie die politischen Parteien die Macht im Staate an sich zu reißen trachten. Tarifverträge, Betriebsräte, soziale Gesetzgebung sind Schritte auf dem Wege zur Gleichberechtigung der Arbeitnehmer mit dem Unternehmer.

So schön sich das in der Theorie anhört, so erstrebenswert das Ziel sein mag, so schwer sind auch die Bedenken, die sich dagegen erheben. Nicht allein, daß unser Wirtschaftsleben schwer daniederliegt und seine gewagten Versuche tragen kann, vor allem ist die Arbeitnehmererschaft gespalten und der heutige Betrieb, der Großbetrieb zumal, verlangt eine seine Gliederung und ein reibungsloses Ineinanderarbeiten seiner Glieder, um lebensfähig und lohnend zu sein. Diese Lebensnotwendigkeit scheint aber bedroht zu werden, wenn die Arbeitnehmererschaft in Angestellte und Arbeiter sowie in Parteien gespalten, dazu vielfach nicht geschult und verkehrt, bestimmenden Einfluß im Betrieb erhält. Dann wird mehr Schade angerichtet als Vorteile erzielt werden, es bleibt dann nichts übrig, als zu hartem Zwang zurückzukehren, um das Wirtschaftsleben überhaupt zu retten und damit auch den Menschen Lebensmöglichkeiten zu geben. So erleben wir jetzt im bolschewistischen Rußland, wie man zu den schärfsten Maßnahmen greift, um die Produktion zu heben, so daß von Freiheit und Recht der Arbeiterschaft keine Rede mehr sein kann. Auch bei uns wird es nicht leicht sein, die Lebensnotwendigkeiten der Betriebe und die Ansprüche der Arbeitnehmer auszugleichen. Von der Lösung dieser Aufgabe hängt ungeheuer viel ab. Sie würde sehr erleichtert, wenn die Arbeitnehmererschaft in großen Verbänden zusammengefaßt und gut geschult wäre, aber das ist nur zum Teil der Fall; hier haben die Arbeitnehmerverbände noch ein großes Arbeitsfeld vor sich, zumal die christlich-nationalen, da die freien Gewerkschaften innerlich zerissen sind und ins radikale Fahrwasser zu geraten drohen. Die eben genannte Aufgabe ist die gleiche wie im Politischen, wo die Lebensnotwendigkeiten des Staates mit den Interessen der Parteien in Einklang gesetzt werden müssen.

Sowohl im Staat als auch in der Wirtschaft müssen Formen geschaffen bzw. erhalten werden, die von den Gefinnungsgemeinschaften ausgefüllt, aber nicht gesprengt werden dürfen. Wie aber auch die künftigen Formen beschaffen sein mögen, zweifellos werden die Gefinnungsgemeinschaften d. h. Parteien und Gewerkschaften viel größeren Einfluß auf Staat und Wirtschaft haben als bisher.

Beder, Hamborn.

Die Einigungsbestrebungen im Proletariat.

Mancherlei Reibungen unter den Ministern der verschiedenen Richtungen, die Ablehnung von Regierungsvorschlägen durch die vereinigten bürgerlichen Parteien, besonders aber die angeblich starke Reaktion, haben in den sozialdemokratischen Parteien den Wunsch nach der Einigung in der Arbeiterklasse lebendig werden lassen. Beide Parteien sind prinzipiell zu dieser Vereinigung geneigt. Führende Männer arbeiten mit Eile an der Einigung aller ihrer Kraft daran. Das Schreckgespenst einer monarchischen Regierung wird den Arbeitern in den schlimmsten Farben vorgegaukelt. Die sozialdemokratische Presse ist voll Drohung gegen die bürgerlichen Parteien, besonders natürlich gegen die deutsch-nationale. Man ist sogar bereit zu den schärfsten Mitteln der Gewalt und des Verfassungsbruches, der Vortentziehung und des Versammlungsverbotens zu schreiten, wenn es gelingen sollte, der Arbeiterchaft die Macht zu verschaffen. Weder der „Vorwärts“ noch die „Freiheit“ lassen einen Zweifel aufkommen, daß die rechtsstehenden Parteien unter der Führung einer geeigneten Arbeiterregierung unterdrückt werden würden.

Die besonderen Gründe, die zur Einigung bewegen, sind in beiden Parteien verschiedene. Die Mehrheitssozialisten sehen mit Schrecken, daß die Masse der Arbeiterbevölkerung nach links abflutet. Sie fühlen, daß die Revolution ihre Ziele nicht verwirklicht hat und erkennen, daß sie selbst nicht in der Lage sind, ihre Wünsche vom 9. November 1918 durchzusetzen. Für die Kompromisspolitik, die sie seit jenem Tage im Verein mit den bürgerlichen Parteien getrieben haben, ist in der Arbeiterchaft wenig Stimmung. Die Opposition wächst. Darum suchen die Sozialdemokraten nach stärkeren Trümpfen und finden sie im Kampf gegen das Bürgertum. Dieser hat aber nur Sinn, wenn es gelingt, den Bruderzwist in der Arbeiterchaft zu beseitigen. Die Unabhängigen, die immer mehr Einfluß und Kraft gewinnen, hoffen durch die Einigung entscheidenden Einfluß zu erlangen. Nur auf diese Weise glauben sie die Revolution erst richtig zur Auswirkung bringen zu können. Sie fühlen sich auch den Mehrheitssozialisten gegenüber als die wahren Hüter der Republik und der Revolution. An dem Ziel, eine sozialistische Republik zu gründen, halten sie mit großer Zielstrebigkeit fest. Da die Einseitigkeit und der Radikalismus immer stärkere Kraft besitzt als eine Vermittlungspolitik, so würden sie unzweifelhaft im geeinigten Proletariat den Ausschlag geben.

Offiziell ist zwischen den beiden Parteien noch nichts vereinbart. Die „Zentralkasse für Einigung“ wird von den Unabhängigen als zuständiges Organ anerkannt. Aber ihr Bestehen ist doch ein Beweis, wie sehr die Einigungsfrage das gesamte Proletariat bewegt. In den verschiedensten Städten (z. B. Bremen, Danzig, Leipzig) haben private Verhandlungen zwischen den beiden Parteien zu beachtenswerten Erfolgen geführt. Die Tätigkeit führender Männer beider Parteien und ihre Aussprüche in der Öffentlichkeit lassen darauf schließen, daß eine baldige Einigung nicht ausgeschlossen ist. Scheidemann, der nach seinem Austritt aus der Regierung die Hände frei bekommen hat, ist zum Vorkämpfer für diese Bewegung geworden. Daß auch unter den regierenden Persönlichkeiten Neigung zur Einigung besteht, dafür sind die Worte des preussischen Ministerpräsidenten Hirth in der preussischen Landesversammlung ein wichtiges Zeugnis. Er sagte nach den Kundgebungen, die während der Anwesenheit Hindenburgs in Berlin stattfanden, folgendes: „Der deutsche Arbeiter, der als erster die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Arbeiterklasse zu Schutz und Trutz erkannt hat, wird auch wieder einsehen, daß das Ziel einer jeden Arbeiterpolitik im neuen Preußen

und Deutschland sein und bleiben muß, aus dem Zustand des Bruderkrieges und der gegenseitigen haßerfüllten Befehdung heraus wieder zu einer Einheitsfront der Arbeiterschaft zu kommen. Eine solche Einheitsfront ist unabsehbar. „Unerschütterlich wäre der Gedanke, daß der Zustand des Bruderkrieges im Arbeiterlager in Permanenz erklärt werden sollte.“ Im „Vorwärts“ wurde vor einigen Tagen gezeigt, daß es für die innerpolitische Entwicklung nur zwei Möglichkeiten gibt, entweder Einigung des Proletariats oder Neubegründung der Reaktion. Der Verfasser des Artikels, Artur Ziffer, mahnt die Arbeiter, die Augen offen zu halten, die Zeichen der Zeit zu erkennen und endlich die nötigen Schritte zu tun, damit sie nicht von der politischen Entwicklung überrollt werden.

Daß die Unabhängigen in dem neu herbeizuführenden Bruderkrieg der Sozialdemokraten die Stärkeren sein werden, geht schon daraus hervor, daß sie ganz entschiedene Bedingungen stellen, ohne deren Erfüllung die Einigung von ihnen abgelehnt werden müßte. Sie fordern von den Mehrheitssozialisten die bewußte Einstellung auf den Klassenkampf, die Aufhebung des Zusammenarbeitens mit den Bürgerlichen in der Regierung und vor allem die Beseitigung Noskes, sowie die der übrigen Führer: Scheide-mann, Ebert u. a., die nach ihrer Meinung die Revolution verraten haben. Da der Kampf zwischen feindlichen Brüdern immer am leidenschaftlichsten ist, so kann man sich nicht wundern, daß sie gerade in diesen „Blutstunden“ das schwerste Hemmnis einer Vereinigung des Proletariats erblicken. Wie die Unabhängigen über Noske denken, geht aus einem Artikel in Nummer 568 der „Freiheit“ hervor. „Noskes ganzes Amt ist nichts als eine vollendete Organisation im Dienste der monarchischen Reaktion.“ Die Ordnung, welche unter Noskes Führung im Reich notwendig aufrecht erhalten worden ist, gilt ihnen als der schwerste Stein des Anstoßes und darum ist eine deutliche Abgabe der Mehrheitssozialisten Noske gegenüber für sie die allerwichtigste Vorbedingung einer Einigung.

Dem gegenüber betonen die Mehrheitssozialisten die Verdienste, welche die Männer der Regierung um das ganze Volk sich erworben haben. Auch sie wären wohl bereit, das militärische System Noskes zu opfern, um dadurch freie Hand für revolutionäre Bewegungen zu behalten, wollen aber seine Person und die ihrer anderen Führer nicht aufgeben; außerdem halten sie es für nötig, daß die Einigung zwischen den Parteien vor der Beseitigung der jetzigen Regierungseinheit hergestellt werden muß. Da die Besonnenen unter ihnen sehr deutlich die Gefahr einer künftigen Vorherrschaft der radikalen Führer in der Unabhängigen Partei erkennen, so sind Bestrebungen im Gange, den rechten Flügel der Unabhängigen abzuspalten, um sich nur mit ihm zu vereinen und dadurch den verloren gegangenen Einfluß unter den Arbeitern zu stärken. Diesem Unternehmen sehen aber die Unabhängigen einen heftigen Widerstand entgegen. Er würde deswegen auch kaum Bedeutung haben, weil die große Masse der Arbeiter nicht zum rechten, sondern zum linken Flügel der Unabhängigen gehört.

Wenn die Einheit zustande kommt, könnten wir leicht, und zwar auch ohne Putsch, einfach durch die kommenden Wahlen eine Regierung erhalten, in der die „Missionspolitiker“ von links die Herrschaft besäßen; und darin liegt die große Gefahr für das ganze deutsche Volk. Dieser Gefahr hat man auf bürgerlicher Seite noch nichts Entscheidendes entgegen zu setzen. Eine Einigung zwischen den bürgerlichen Parteien ist vorläufig ziemlich ausgeschlossen. Der „Freiheit“ erscheinen zwar die Bürgerlichen als eine geklopfene Einheit. Sie sehen in der Deutsch-nationalen Partei nur den entschiedenen Stoßtrupp für die Aufrichtung der Monarchie und glauben, daß das gesamte Bürgertum, wenn es zum Kampf um die Republik kommen sollte, eine einheitliche Reserve-Armee für diesen Stoßtrupp bilden würde. Sehr tief geht nun freilich die Liebe zur Republik, auch in weiten Kreisen der jetzigen Mehrheitsparteien nicht. Eine monarchische Regierung würde sicher im weitesten Umfang Sympathie beim deutschen Volke finden. Trotzdem ist der Gegensatz zwischen den bürgerlichen Parteien sehr groß. Der linke Flügel der Demokraten lehnt jede Gemeinschaft mit den Deutsch-nationalen ab. Am 17. November schreibt die „Frankfurter Zeitung“ über eine

eventuelle Sprengung der jetzigen Mehrheit: „Die deutsche demokratische Partei kann schon deshalb nicht auf die Gegen-seite treten, weil sie ja der Revolution — nicht der Wuterei der Matrosen, nicht der Revolution des Sozialismus, sondern der Revolution wie sie schließlich eine Revolution der Demokratie geworden ist, — ihre Entstehung verdankt und weil sie ganz positiv und teilweise führend (Preuß) mitgearbeitet hat, dieser Revolution ihre bisherige Erfüllung zu geben.“ Anschluß an eine irgendwie auch bloß im leibhaftigen gegenrevolutionäre Mehrheit und Regierung ist für die Demokratie auch darum ausgeschlossen, weil sie darauf sofort in zwei Teile auseinanderbrechen und dann als ernsthafter politischer Faktor nicht mehr vorhanden sein würde.“ Stärker sind die Neigungen im Zentrum, sich mehr nach rechts zu orientieren. Die „Kölnische Volkszeitung“ nimmt in Nummer 930 vom 28. November die Zukunft eines angesehenen westfälischen Parteigenossen auf. Dieser schreibt über Mehrheitssozialisten und Zentrum: „Feuer und Wasser sind unvergängliche Elemente... der katholische Volksteil ist und bleibt der Hort der Autorität, vom Sozialismus trennen ihn nicht nur Fragen der Weltanschauung, sondern auch grundlegende Fragen der praktischen Politik und Wirtschaft.“

Wir würden in der Einigung des gesamten Bürgerturns auch überhaupt nicht das rechte Mittel sehen, um der Einigung des Proletariats entgegen zu treten. Der Gefahr, welche in einem unter unabhängiger Führung geeinigten Proletariat besteht, muß auf andere Weise begegnet werden. Das deutsche Volk darf auf keinen Fall, wenn es überhaupt in die Höhe kommen will, einen Klassenkampf zwischen Bürgerturn und Arbeiterklasse erleben. Wirtschaftliche und soziale Interessen dürfen nicht die einzigen und entscheidenden Grundlagen für die Bildung politischer Parteien bilden. Der politische Kampf muß wieder nach politischen und staats-männlichen Richtlinien ausgefochten werden. Wir brauchen eine Partei, in welcher Glieder aller Stände unter politischen, sittlichen und religiösen Gesichtspunkten sich zusammenfinden, um die Ordnung in Deutschland nach höheren Gesichtspunkten als denen des wirtschaftlichen Interesses durchzuführen. Seit langem haben wir eine derartige Einheitspartei der verschiedenen sozialen Schichten unter kirchlicher Leitung im Zentrum. Die Deutsch-nationale Partei stellt einen neuen, vorwiegend protestantischen Versuch dar, die Einigung verschiedener Stände nach höheren Prinzipien durchzuführen. Der bei ihrer Bildung zugrunde liegende Gedanke muß ganz energisch aufgenommen und immer mehr der Verwirklichung entgegengeführt werden. Nur wenn sich Angehörige des Bürgerturns und der Arbeiterklasse unter voller Anerkennung ihrer Gleichberechtigung zu einer Partei der sozialen Gerechtigkeit, der Wahrheit, der Ordnung und des durch die Entwicklung der letzten Jahre unbedingt notwendig gewordenen Fortschrittes zusammenschließen, kann die Gefahr des Bürgerkrieges, die durch die Einigung des Proletariats heraufbeschworen werden könnte, überwunden werden. Für eine solche über den Interessen des eigenen Geldbeutels stehenden Partei einzutreten, ist die Pflicht aller Deutschen, die das Wohl des ganzen Volkes im Auge haben und das Vaterland über ihr kleines „Ich“ und seine Wünsche zu stellen vermögen. S. W.

Einer aus der Zeit der Klassenjustiz.

Unter dieser Stichmarke bringen sozialistische Blätter Westfalens (unterm 12. November) und auch sonstige Blätter im Reich eine Notiz, wonach „der Erste Staatsanwalt vom Landgericht zu Detmold Crede, ein Führer der Deutsch-nationalen, zur Disposition gestellt wurde, weil er einen wegen Totschlags angeklagten deutsch-nationalen Pfarrerssohn gegen die Anordnung der vorgelegten Behörde außer Strafverfolgung gesetzt hatte.“ Es werden daran allerhand abfällige Bemerkungen über „diesen deutsch-nationalen Führer“ geknüpft.

Zu dieser Angelegenheit hat uns auf Befragen der „Lippische Richterverein“ zu Detmold eine eingehende Darlegung des Tatbestandes übermittelt, der wir folgendes entnehmen:

hundenen Buche sind die drei ersten Evangelien zu einem Einheits-evangelium zusammengestellt, gegliedert in einzelne Abschnitte ohne Verseinteilung. Die Übersetzung ist die lutherische, nur an einzelnen Stellen ist unsern Sprachgebrauch Rechnung getragen. In der gleichen Form folgt dann das Joh.-Ev. Anfangslehren des N. T. wird dies Buch eine gute Hilfe sein. Nicht Neue Testament sollte man unter Anfängern verteilen, sondern dies Buch, mit dem jeder gleich etwas anfangen kann. Es ist daran gedacht, das ganze N. T. in dieser Art herauszugeben.

P. Samuel Keller „Meine Minuten“ Verlag Walter Momber in Freiburg i. Br. 5 M. Keine Andachten im üblichen Sinne, denn es ist kein Bibelwort ihnen zugrunde gelegt, dennoch in ihrem Kern voll auf der Bibel fußend. Wenig Minuten braucht man zum Lesen, zum Durchdenken und zum Segen reichen sie aber für die Stunden des Tages und der Nacht.

Mehr Freude, von Bischof von Keppeler. Herder'sche Verlagshandlung. Freiburg Br. 3,30 M.

Wer wahrhaft mehr Freude in sein Leben und das seiner Mitmenschen einziehen lassen will, dem hat der katholische Verfasser viel zu sagen. Für diesen Jungborn der Freude sind wir unserem katholischen Bruder herzlich dankbar.

Schließlich möchte ich erwähnen das Schriftchen Paul Le Seur: Der Sozialismus Jesu, bei Warden in Berlin, 50 Pf. Wer ganz die Gegenwart ergreifen will und in ihr seine Aufgabe erfüllen, der lese dieses Buch und mache diese Worte in seinem Leben zur Tat. Dann brauchen wir für unsere Kirche nicht zu fürchten.

Im Mai 1919 kam es in Salzkufen gelegentlich einer Versammlung der Deutsch-nationalen Partei zu einem Tumult, in dessen Verlauf ein stud. ing. Rissing einige Revolvergeschüsse abgab, durch die ein Arbeiter Niehage getötet und ein anderer verletzt wurde. Die gerichtliche Voruntersuchung des Falles fand beim Amtsgericht in Salzkufen statt. Am 11. August war die Voruntersuchung durch den dortigen Amtsrichter als Untersuchungsrichter geschlossen worden. Am 5. September beauftragte hierauf der Erste Staatsanwalt die Außerverfolgungssekretärin des Amtsgerichtes, da die Angaben desselben, er habe in Notwehr gehandelt, nicht zu widerlegen waren. Die Strafkammer beim Landgericht in Detmold kam auf Grund selbständiger Prüfung der Ermittlungen zu dem gleichen Ergebnis. Dieser Beschluß der Strafkammer vom 5. September ist rechtskräftig geworden.

Der Staatsanwalt Crede ist wegen seines Antrags auch gar nicht zur Disposition gestellt worden, sondern deshalb, weil das Lippische Landespräsidium ihm zur Last legte, daß er unterlassen habe, diesen von dem Stande des Verfahrens rechtzeitig Mitteilung zu machen. Das Landespräsidium — eine vorgelegte Behörde — hat aber niemals im Falle Rissing den Staatsanwalt C. zu irgend einem Bericht aufgefordert, auch sonst in keiner Weise zu erkennen gegeben, daß es — entgegen der von den obersten deutschen Staatsbehörden früher allgemein befolgten Übung — in ein noch nicht abgeschlossenes Strafverfahren eingreifen wolle. Lediglich die Regierung — eine dem Ersten Staatsanwalt gleichgestellte Behörde — hatte Anfang August das Amtsgericht Bad Salzkufen, nicht den Staatsanwalt C., um seinerzeitige Mitteilung von dem Ausgang des Verfahrens ersucht. Eine solche Benachrichtigung hätte also erst nach rechtskräftigem Abschluß des Verfahrens erfolgen können, sie stand einer gleichgestellten Behörde gegenüber im freien Ermessen des Staatsanwalts und wenn er sie unterließ, war ihre Verabstimmung mithin auf den Ausgang der Sache selbst ohne jeden Einfluß. Der Lippische Richterverein hat denn auch dem Landespräsidium eine dementsprechende, eingehend begründete Darstellung der Sach- und Rechtslage überreicht.

Schließlich ist noch besonders hervorzuheben, daß der Erste Staatsanwalt Geheimrat Crede weder der Deutsch-nationalen Volkspartei angehört, noch überhaupt je politisch hervorgetreten ist.

Wie lange noch . . .

Der Oberste Rat gegen die Heimjüngung der Geisungen.

Clemenceau hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Obersten Rates eine neue Note über die Heimjüngung der deutschen Kriegsgeisungen an die deutsche Regierung gerichtet, die der ersten in überaus gehässiger Weise gehaltenen Geisungennotiz keineswegs nachsteht, sie vielmehr in Verdröhnung der Tatsachen und in der Aufstellung lügenhafter Behauptungen noch bei weitem übertrifft.

Gleich zu Beginn der Note wirft Clemenceau der deutschen Regierung vor, sie habe in ihrer Note vom 27. November in „schneidendem Tone“ versucht, die allgemeine Unrichtigkeit ihrer Behauptungen zu verdeutlichen. Was die Heimjüngung der Geisungen anbelangt, so beruft sich Clemenceau auch hier wieder auf den Buchstaben des von Deutschland unterzeichneten Friedensvertrages, der bezeuge, daß die Heimjüngung erst nach vollendetem Austausch der Ratifikationen beginnen soll. Jede Abweichung von diesen Bestimmungen, die für die Vertragsteile Gesetz seien, sei eine Vergrößerung. Die Behauptung, daß die Geisungen „unschuldig“ sind und keine Verantwortung am Kriege tragen, hält nach Clemenceaus Ansicht seiner Prüfung stand. Im übrigen behauptet er auch diesmal, daß die französische Regierung hinsichtlich der früheren Heimjüngung der Kriegsgeisungen keine bestimmten Verpflichtungen übernommen habe, denn diese Frage sei Machtgebiet der Alliierten. Die von den Alliierten in begonnener Heimjüngung der Kriegsgeisungen sei unterbrochen worden, wegen der Verletzungen der Nichterfüllung und der unvollständigen Erfüllung der Bedingungen des Waffenstillstandes durch die deutsche Regierung.

d. Zeitungen und Zeitschriften.

Vor Jahren war es, da schenkte mir mein Bruder als Weihnachtsgeschenk das Geld zum Halten einer Zeitschrift. Am Weihnachtstag selbst freute ich mich wohl über manches andere Geschenk mehr, doch am längsten hielt die Freude über dieses Geschenk vor, nämlich ein ganzes Jahr. Am besten schenkt man nicht das Geld, sondern schon die Postskizze.

In erster Stelle stehe hier: der „Aufwärts“. Er tritt nun in sein zweites Lebensjahr ein, da heißt es, ihm selbst die Treue halten und ihn verbreiten.

Licht und Leben, evangelisches Wochenblatt, erscheint in Elberfeld, vierteljährlich 2,60 M. Tiefgründig sind die Predigten, hervorragend und umfassend die Betrachtungen, alle sonstigen Beiträge durchweg gut. Ich freue mich auf jede Nummer und bin traurig, wenn sie einmal zum Sonntag nicht in meinen Händen ist. Ein weiteres Wort erübrigt sich.

Das Wort vom Kreuz. Vaterländische Verlags- und Kunstanstalt, Berlin S. W. 61, Johanniterstraße 5, vierteljährlich als Brief 1,50 M. Hier findet man für jeden Sonntag eine Predigt. Seit ein paar Monaten erst kenne ich diese sonntäglichen 2 Seiten, doch ich möchte sie an keinem Sonntag missen. Doppelt aber werden sie dem Lieb und teuer sein, der sonntags nicht zur Kirche gehen kann.

Hiermit schließe ich diesen Weihnachtsbüchertisch. Wo der Preis nicht genannt ist, wußte ich ihn nicht, bei den genannten Preisen rechne man stets noch mit einem kleinen Teuerungszuschlag.

„Rom Schließen kann man nie zu wenig und das Gute nie zu oft lesen.“

Und nun frohe Weihnachten!

Walter Adorath.

Weihnachtsbüchertisch.

(Schluß.)

b. Erzählungen.

Da stelle ich zwei Bücher an den Anfang, die mir wirklich Freude gemacht haben.

Leberecht Hühnchen von Heinrich Seidel, Cotta'sche Buchh. in Stuttgart. Sonziger Humor leuchtet in diesem Buch. Wenn wir doch alle etwas von dem fröhlichen Herzen Leberecht Hühnchens hätten. Es wäre ein Verdienst des Verlages, wenn dieses Buch weiter als billige Geldausgabe zu haben wäre.

Die Biene Maja und ihr Abenteuer von Waldemar Bonsels, Verlag Schuster und Löffler in Berlin, 6 M. Es ist eigentlich ein Buch für Kinder, doch jeder Erwachsene, dem ich das Buch borgte, war entzückt davon. Dies Buch wird fast jeden freuen, in welchem Alter er auch sei, ob Mann oder Frau, während bei einem Roman nur zu oft verschiedene auch sehr verschiedene urteilen.

Hinweisen möchte ich noch auf folgende gute Bücher:

Das große Schenken von Ella Boeckh-Arnold. Agent. des Raubens Hauses in Hamburg, 5,50 M.

Alle guten Geister von Anna Schieber, 8,25 M.

Die Heideklause von Diedrich Spedmann, Berlin bei Warden, 5,50 M.

Oberlin von Friedrich Lienhard, Verlag Greiner und Pfeiffer, Stuttgart, 7 M.

c. Religiöses.

Der Heiland, zu beziehen durch Hubert u. Co. in Göttingen. 1 M. In diesem billigen und sehr gut ge-

Bergeblick f...
kräften, daß die...
gelangenen als...
der neuen Enten...
Er m...
die die Bergabge...
Kriegsgefangenen...
die jetzt noch...
higte Erpressung...
... die Sal...

bergen, erhebt...
Ausfällen den...
lich der Frage d...
der deutschen Bf...
ren und ganz b...
Dies werde durc...
terens die Marit...
renzvertrages...
nächsten Mädel...
den 1. Dezember...
zu bereiten, h...
Verhandlungen...
einem unersch...
die Heimjüngung...
es in ihrer Ma...
nach End, vorig...
gen, heimkehrten...
die volle Verau...
Gefangenen in...
hum an jenden...
den, auf Deut...
Wohl um

nicht allz... ger...
Clemenceau für...
und von Deutsch...
schuldigungen be...
und beschäftigt...
der Frage der...
geschick mit der...
ten Gebiete Nor...
der Absicht. Der...
Verpflichtung be...
schubden Unter...
hässlichen Erlau...
daß die öffentl...
jekt der deutsch...
set und nicht h...
gegangen. Verdr...
reicher selbst h...
liebe genug be...
ten litten, entge...
nicht zu verteid...
seiner Verpflicht...
Die unnach...

Militären und...
sich wieder in de...
nicht eher erwar...
der Väter wird...
Bereitstellung für...
gerechten Freihe...
das deutsche Ge...
greife, daß das...
müsse und die...

Ne...

Die Enten...

Die Schaffn...
Herbertspolizei...
wieder einmal...
des Deutschen M...
Angehörigen verm...
Anstellung neu...
gehena des Fri...
ein Elbenerbe...

In einer...
von der Deutsc...
bung der Seiche...
ren und Zeitfrei...
herbepolizei gef...
Befehl militärisch...
ermächtigt, militä...
stöße gegen Ar...
bilde Deutschland...
und „Einwohner...
lungen und mil...
mit Waffen- u...

Diese Organisati...
militärischen Wes...
178 des Betra...
fordern insolge...
bereitsbestimmte...
bedeutende aber...
Vertrages die st...
Verträge vorrese...
den und eine...
mendepolizei en...
Erste, die über...
simais geschaff...
neu aufgelöst we...

Die Behaupt...
verheide Entwid...
vorbereitet, ist...
gegriffen. Im...
Geistesstärke auf...
Friedensvertrages...
fundamentale W...
Gänge. Daß die...
änder sich im...
drückenden inner...
gehen haben, p...
polizei“, „Einwoh...
sondere Einrichtu...
fentlichen Ordnu...
Begründung der...
der Entente h...
mitgeteilt worden...
eigenen Versprech...
Bei anern der...
Die Frage, imm...
mit dem Frieden...
nach deutscher...
sedenfalls nach...
gehehen Kontra...

entstehung einer
ei zu einem
sion einige
Niedrige ge
richtliche Vor
richt in Salz
rklärung durch
ngsrichter ge
ie hierauf der
ung des An
abe in Not.
Die Straf
gleich selbst
gleichen Er
S. September

Antrags auch
denn deshalb,
last liegt, daß
es Verfahrens
sprachidium —
als im Falle
n Bericht auf
nnen gegeben,
ischen Staats-
in ein noch
wolle. Ledig
Staatsanwalt
g August das
anwalt C., um
wiederholt
also erst nach
en können, sie
im freien Er-
unterließ, war
ung der Sache
hervorheben hat
nd Rechtslage

eben, daß der
eder der
angehört,
orgetreten

ung der

ft als Vor-
Note über
angen an
er ersten in
angenote
drehung der
hafter Be-

neceau der
r Note vom
icht, die all-
zu ver-
genen ab-
wieder auf
verzeichneten
beimsendung
atifikationen
Bestim-
sein, sei
a, daß die
antwortung
aus Ansicht
pret er auch
hinsichtlich
neuen keine
habe, denn
n. Die von
Kriegsge-
der Ver-
mvolständ-
nillstandes

a Bruder als
er Zeitschrift
über manches
t die Freude
s Jahr. Am
hon die Post-

ts". Er tritt
es, ihm selbst

henblatt, er-
indig sind die
eitbetrach-
tune mich
einmal zum
weiteres Wort

iche Verlags-
nterstraße 5,
an für jeden
en erst kenne
michte sie an
sie dem lieb
en kann.

herlich. Wo
t, bei den ge-
inem kleinen

und das Gute
ter Adberth.

Ergebnis sucht Clemenceau den Vorwurf zu ent-
kräften, daß die französische Regierung sich der Kriegs-
gefangenen als Druckmittel bediene, um die Erfüllung
der neuen Ententeorderungen von Deutschland zu er-
zwingen. Er will vielmehr die volle Verantwortung
für die Verzögerung der Heimkehr der deutschen
Kriegsgefangenen auf Deutschland abwälzen, weil es
bis jetzt noch keine neue Antwort auf die berück-
sichtigte Erpressung der Entente gegeben habe.

Die Haltlosigkeit seiner Behauptungen zu ver-
bergen, erhebt Clemenceau unter überaus scharfen
Ausfällen den Vorwurf, die deutsche Regierung suche
sich der Frage der Kriegsgefangenen zur Erregung
der deutschen öffentlichen Meinung gegen die Alltier-
ren und ganz besonders gegen Frankreich zu bedienen.
Dies werde durch die Tatsache erwiesen, daß die Kon-
ferenz die Ratifikation und Inkraftsetzung des Frie-
densvertrages, der auch für den Zeitpunkt der dem-
nachstigen Rückkehr der Gefangenen maßgebend sei, auf
den 1. Dezember festgesetzt habe. Anstatt sich an
den in Aussicht genommenen Abschlußverhandlungen
zu beteiligen, habe die deutsche Regierung die
Verhandlungen in die Länge gezogen und in
einem unerträglichen Ton eine Erörterung über
die Heimkehr der Gefangenen begonnen, obwohl
es in ihrer Macht gestanden habe, daß diese so-
gleich nach Ende vorigen Monats, d. h. nach wenigen Ta-
gen, heimkehrten. Clemenceau folgert daraus, daß
die volle Verantwortung für das Verbleiben der
Gefangenen in Frankreich, wo sie übrigens nicht nur
human sondern mit Wohlwollen behandelt wür-
den, auf Deutschland zurückzufälle.

Wohi um die Schuld der deutschen Regierung
nicht allzu gering erscheinen zu lassen, wiederholt
Clemenceau kurz die in der ersten Note erhobenen
und von Deutschland gebührend zurückgewiesenen Be-
schuldigungen bezüglich Oberschleisens, Schleswigs usw.
und beschäftigt sich dann ziemlich ausführlich mit
der Frage der Auslieferung der Schuldigen, die er
gleichzeitig mit der Frage des Wiederaufbaus der zerstör-
ten Gebiete Nordfrankreichs zu verbinden weiß, in
der Absicht, Deutschland der Nichterhaltung seiner
Verpflichtung bezüglich der Wiedergutmachung zu be-
schuldigen. Unter großem Hinaufschwall gibt er dem
höchsten Erstaunen der Alliierten Ausdruck, zu sehen,
daß die öffentliche Meinung in Deutschland sich noch
jetzt der deutschen Verantwortlichkeit so wenig bewußt
sei und nicht selbst die gerechte Verurteilung der be-
gangenen Verbrechen fordere, daß ferner die Ver-
treter selbst weder Mut noch Vaterlands-
liebe genug besitzen, um freiwillig dem verdienten
Urteil entgegenzugehen, ihre Handlungen vor Ge-
richt zu verteidigen und ihrem Lande die Erfüllung
seiner Verpflichtungen zu erleichtern.

Die unnachgiebige und habereifliche Gesinnung der
Alliierten und ihres Vorkämpfers Clemenceau spiegelt
sich wieder in dem Schluß der Note, wonach Deutschland
nicht eher erwarten dürfe, daß es in die Gemeinschaft
der Völker wieder eintreten noch bei den Alliierten
Verzeihung für seine Vergehungen und Milderung der
gerechten Friedensbedingungen erlangen werde, bevor
das deutsche Gewissen nicht, wie die ganze Welt, be-
greife, daß das Unrecht wieder gut gemacht werden
müsse und die Verbrechen ihre Strafe finden müssen.

Neue Forderungen.

Die Entente gegen die Sicherheitspolizei und die Einwohnerwehren.

Die Schaffung der Einwohnerwehren und der Si-
cherheitspolizei hat der Entente Unlaf ge-
boten, sich wieder einmal in die inneren Angelegenheiten
des Deutschen Reiches zu mischen. Die französischen
Angsthaften vermuten hinter diesen Organisationen die
Aufstellung neuer militärischer Streitkräfte unter Um-
gehung des Friedensvertrages, der Deutschland nur
ein Söldnerheer von 100 000 Mann gestattet.

In einer neuen Note verlangen die Alliierten
von der Deutschen Regierung die sofortige Aufhe-
bung der Sicherheitspolizei und der Einwohnerweh-
ren und Zeitfreiwilligen. Die unter dem Namen Sicher-
heitspolizei geschaffenen Streitkräfte ständen unter dem
Befehl militärischer Stäbe und hätten den Wert aus-
gezeichnete militärischer Truppen. Ihre Aufstellung ver-
stoße gegen Artikel 162 des Vertrags „Reitfreiwillige“
und „Einwohnerwehr“ Reserven, die Kontrollverord-
nungen und militärischen Übungen unterworfen und
mit Waffen und Munitionslagern versehen seien.
Diese Organisationen ständen mit der Gesamtheit der
militärischen Bestimmungen und namentlich mit Artikel
178 des Vertrages in Widerspruch. Die Alliierten
fordern infolgedessen die deutsche Regierung auf, die
vorbezeichneten Maßnahmen unverzüglich aufzuheben.
Sodann soll so, daß mit der Inkraftsetzung des
Vertrages die sogenannten Volkseinheiten auf die im
Vertrage vorgesehene Stärke herabgemindert wer-
den und eine ihrem Charakter als Orts- und Ge-
meindepolizei entsprechende Verfassung erhalten, die
Stärke, die über die im Vertrag vorgesehene Zahl
hinaus geschaffen sind, sowie die Reserveorganisa-
tionen aufgelöst werden.

Die Behauptung, daß die deutsche Regierung eine
verheerende Entwicklung ihrer militärischen Streitkräfte
vorbereitet, ist natürlich vollkommen aus der Luft
gegriffen. Im Gegenteil ist die Durchführung der
Heeresstärke auf das in Artikel 163 Absatz 2 des
Friedensvertrages zunächst vorgesehene Maß von zwei-
hunderttausend Mann, wie allgemein bekannt, in vollem
Gange. Daß die Zentralvollziehbehörden der einzelnen
Länder sich im Laufe des Jahres angeeignet der be-
drohlichen inneren Verhältnisse Deutschlands genötigt
gefühlt haben, durch Einrichtung von „Sicherheits-
polizei“, „Einwohnerwehren“ und „Reitfreiwilligen“ be-
sondere Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der öf-
fentlichen Ordnung zu treffen, ist nicht nur ständig
Gegenstand der öffentlichen Erörterung, sondern auch
der Entente bereits vor Monaten offiziell
mitgeteilt worden. Zu der von deutscher Seite an-
gebotenen Besprechung der Einzelfragen ist es bisher zum
Bestand der deutschen Regierung nicht gekommen.
Die Frage, inwieweit die getroffenen Einrichtungen
mit dem Friedensvertrag im Widerspruch stehen, was
nach deutscher Auffassung nicht der Fall ist, wird
ebenfalls nach Einsetzung der im Friedensvertrag vor-
gesehenen Kontrollkommission gemäß den Vorschriften

des Vertrages klargestellt sein. Es wäre nur er-
wünscht, wenn die Besprechungen darüber schon früher
stattfänden.

Das Landessteuergesetz.

— Berlin, 3. Dezember.

Erzbergers neue Steuerpläne.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der
Präsident Mitteilung von einem Danktelegramm der
österreichischen Nationalversammlung anlässlich der
deutschen Hilfsaktion.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des
Landessteuergesetzes. Reichsfinanzminister Erzberger
gegründet die Vorlage in einer ausführlichen Rede:

Bei der neuen Gestaltung des Steuerwesens handelt
es sich um eine dreifache Gegenwartsaufgabe: eine quan-
titative, eine qualitative und eine distributive. Die quan-
titative Seite besteht darin, daß wir die nötigen Milliarden
aufbringen. Im Augenblick können wir nur nach neuen
Steuerquellen schürfen und alte besser und vollkommener
ausbauen. Die Schaffung neuer Erwerbsmöglichkeiten und
Ueberflüsse aus solchen bleibt der nächstfolgenden Zeit
überlassen.

Unsere Finanzlage erfordert rasches Handeln.
Es soll jedoch auch eine wirkliche Reform vorgenommen
werden. In engem Zusammenhang damit steht das distri-
butive Problem, die Verteilung der Steuereinnahmen auf
Reich, Länder und Gemeinden. Das Reformwerk muß so rasch
wie möglich in Angriff genommen werden, daher müssen
wir es schrittweise erledigen.

Der Etat von 1919 wird gegenüber dem von 1918
in den Gesamtausgaben eine Entlastung von 2 1/2 Milliar-
den Mark bringen. Trotzdem ist auch der Etat 1919 weiten-
tens noch immer ein Kriegsetat. Die Besoldungsre-
form ist eine der wichtigsten Staatsaufgaben. Die mit
am schwersten betroffenen Beamten müssen wieder in ihre
soziale Position eingereiht werden. Der Beamtenstand muß
mit seinem Einkommen wirtschaftlich zurecht kommen können.
Die fortlaufenden Ausgaben für 1919 sind mit 13 1/2 Milliar-
den eingelegt. Je mehr wir uns einem Friedensetat nähern,
müssen die fortlaufenden Ausgaben sich mehr, die ein-
maligen entsprechend abgebaut werden.

Vorausichtlich wird der Vorschlag an Steuereingän-
gen erheblich überschritten werden. Wir werden wohl die
laufenden Ausgaben bereits in diesem Jahre durch Steu-
ern decken können. Für die nächsten Jahre ist der Bedarf des
Reiches mit 17 1/2 Milliarden Mark angesetzt. Die Verpflich-
tung gegenüber den Kriegsschuldigen und Hinterbliebenen
sowie die Zinsverpflichtungen machen rund 14 1/2 Milliar-
den aus. Einzelstaaten und Gemeinden werden mit einer
reihlichen Verdoppelung ihrer Ausgaben rechnen müssen.
Die Summe von 24 Milliarden Mark wird den
Bedarf nicht voll decken.

Zur Deckung dieser gewaltigen Ausgaben dienen in erster
Linie die direkten Steuern, die jetzt bis zur wirtschaft-
lich zulässigen Höchstgrenze ausgeschöpft werden müssen.

Die Vermögensbesteuerung
Im Rahmen der Gesamtbesteuerung der Zukunft steht vor
ihrem Abschluß. In Weimar haben wir an einmaligen Ver-
mögenssteuern 12 Milliarden bewilligt, in der Hauptsache
Kriegsgewinnsteuern. Hieraus ergibt sich unter Abrechnung
der Zinsparnis und einer entsprechenden Tilgungsquote
von 1 Prozent eine jährliche Dauerverwirkung für das nächste
Menschenalter von 720 Millionen Mark. Dazu kommt jetzt
das Reichsnotopfer, dessen Betrag auf 45 Milliar-
den anzuheben ist. Das würde eine jährliche Zinsparnis
von 2 1/4 Milliarden ergeben, in 30 Jahren jährlich
2660 Millionen Mark einschließlich der Tilgung. Im
Ganzen ergibt sich für die nächsten 30 Jahre ein jähr-
licher Vermögenssteuervertrag von 3,6 Milliarden Mark, mehr
als vor der Finanzreform von 1907 überhaupt im Reich,
Staat und Gemeinden an Steuern erhoben wurde.

Wichtiger noch ist die

Einkommenbesteuerung,
die auch zukünftig bei uns die Zentralsteuer bleiben soll.
Sie wird aber völlig neu gestaltet werden müssen. Das
Einkommen soll durch drei Steuern getroffen werden: durch
die große allgemeine Einkommensteuer der physischen Per-
sonen, durch die Besteuerung des Einkommens der Körpers-
schaften und der Toten Hand, endlich durch die Vorbelastung
des fundierten Einkommens mittels Besteuerung des Ertrags
aus Grund und Boden, Gewerbe und Kapitalernte.

In dem nach einiger Zeit eintretenden Beharrungszustand
erhöht man aus der Einkommensteuer zugleich die Ver-
steuerung der Körperschaften für Reich, Länder und Ge-
meinden einen Gesamtbetrag von 8 Milliarden Mark.
Dazu sollen dann noch 2,4 Milliarden Mark als Ergebnis
der Ertragssteuern treten, davon Kapitalertragssteuer allein
1,4 Milliarden Mark.

Eine gewaltige Anforderung an unsere Volkswirtschaft!
Mit den Maßstäben der Vorkriegszeit kann man den Forde-
rungen der Gegenwart gegenüber nicht mehr messen. Inge-
samt würden sich aus den direkten Steuern rund 15
Milliarden Mark herausheben lassen, wovon 9 1/4 Milliarde
auf das Reich und die übrigen Milliarden auf die Länder
und Gemeinden entfallen würden. Die Zölle werden zu-
künftig in erster Linie den Charakter der Finanzzölle haben;
sie könnten bei entgegenstehendem Ausbau einen Ertrag von
1—1 1/2 Milliarden Mark dauernd ergeben.

Den Kern der indirekten Besteuerung soll die Um-
satzsteuer bilden. Aus ihr sollen insgesamt 4 Milliar-
den Mark herauskommen. Bei der zweiten Gruppe, den
Verbrauchssteuern im engeren Sinne, würden notwendige Be-
darfsartikel belastet werden mit 500 Millionen Mark. Die
Besteuerung von Bedarfsartikeln, die im Wesentlichen von
den besser situierten Klassen verbraucht werden, wird 200 bis
300 Millionen Mark bringen. Eine Besteuerung der Bedarfs-
artikel hauptsächlich industriellen Verbrauchs wird weiter
eine ganze Anzahl Milliarden ergeben, so die Kohlensteuer
2 Milliarden Mark. Aus der Besteuerung der entzehrlichen
Genussmittel (Wannwein, Schaumwein, Wein und Liqueur
usw.) können 2 1/2 Milliarden gewonnen werden. Für die
Verkehrssteuern ergibt sich ein Ertrag von 1 Milliarde.
Zusammen könnten die indirekten Steuern und Zölle
etwa 11 Milliarden erbringen, doch nur bei besserer Ent-
lastung unseres Wirtschaftslebens.

Man wird ohne Uebertreibung sagen können, daß 75
Prozent des gesamten künftigen Steuerbedarfs durch direkte
Steuern oder solche indirekten Steuern ausgebracht werden
des größtenteils von den besser gestellten Kreisen des Vol-
kes getragen werden, also eine soziale Verteilung der
Steuernlasten. Gerade wegen des gewaltigen Steuer-
bedarfs muß die Reform getragen werden von sozialem Geiste.

Hand in Hand hiermit geht die Reform der Steu-
erverwaltung. Angestrebt wird die reichsweite Steuer-
verwaltung. Bisher waren die Einzelstaaten die eigent-
lichen Steuerbehörden in Deutschland, in Zukunft wird das
Reich der erste Steuerüberwacher sein.

Für Länder und Gemeinden bedeutet der Verzicht auf das
Freiwilligkeitsrecht der großen direkten Steuern freilich ein
reichtes Opfer, aber es muß gebracht werden. Als Gegen-
gabe muß das Reich auch für den Finanzbedarf der Länder
und Gemeinden sorgen. Dies soll im Landessteuergesetz
verankert werden. Auch in Zukunft können Länder und Ge-

meinden, sowie Gemeindeverbände noch mancherlei Steuern
aus sich heraus erheben. Ihnen bleibt das Gebiet der
Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. Länder und Gemein-
den werden ferner eine Vergnügungssteuer einführen
müssen. An eine Beschränkung der kulturellen Aufgaben
der Länder und Gemeinden ist durchaus nicht gedacht. Neben
dem Anteil an der Einkommensteuer werden sie auch noch
teilnehmen mit 20 Prozent an der Erbschaftsteuer, mit
50 Prozent an der Grunderwerbssteuer, mit 15 Prozent
an der Umsatzsteuer. Statt 2 1/2 Milliarden vor dem Kriege
erhalten Länder und Gemeinden jetzt im ganzen 6 1/2 Milliar-
den Steuereinnahmen. Die bisher in Steuernutzen befind-
lichen Gemeinden werden ganz erheblich entlastet werden,
sie werden mehr Einnahmen haben als wie früher, und sie
werden viel freier aufatmen können als vor dem Kriege.

Im Interesse des Gesamtganzen muß das Eigentum auch
im neuen Staate herrschen, aber der Besitz darf nicht über-
mäßig angehäuft werden, sonst nimmt der mammonistische
Geist überhand und die Entwidlung ist auf Irrwegen ange-
kommen. Das Interesse des gesamten Volkstums geht dem
Interesse des Einzelnen voran. Das muß auch der Leit-
satz einer Steuerreform sein. In diesem Sinne wird die
Steuerreform einen wesentlichen Anteil erhalten an der
großen Aufgabe, aus den Trümmern des Krieges ein neues
Deutschland aufzurichten, den Sozialstaat der Zukunft.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird
die Weiterberatung der Steuerentwürfe auf Freitag ver-
zagt, um den Parteien in der Zwischenzeit Gelegen-
heit zu geben, zu den Ausführungen des Ministers
Stellung zu nehmen.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 3. Dezember.

Kultus-Etat.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung
des Staatshaushalts (Kultusetat).

Abg. Dr. Berndt (Dem.) verlangt in Begründung
der förmlichen Anfrage Dr. Friedberg Auskunft von
der Staatsregierung, wie sie die Rechte des Staates
und der evangelischen Staatsbürger zu wahren ge-
denke, die durch den Entwurf eines Kirchengesetzes

betreffend eine außerordentliche Verfassungsgebende
Kirchenversammlung verletzt worden sind.

Abg. Dr. Reinhard (Dnatl.) weist in Begründung
einer förmlichen Anfrage über die verfassungsmäßige
Freiheit der Religionsgesellschaften unter Berufung auf
die Verfassung auf die Verträge hin, die Freiheit der
General Synode einzuschränken. Weite evangelische
Bollstrenge sind darüber beunruhigt. Das Verhalten
der preussischen Regierung steht nach Kulturkampf aus.
Ein solcher muß unter allen Umständen vermieden
werden. Die Trennung der Kirche vom Staat rührt
die deutsche Volksseele tiefer auf als die eines an-
deren Volkes (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.): Die Rechte
will die Kirche als Hort alter reaktionärer Politik
erhalten. Nur die Einheitschule vermag das ganze
Volk zu begeistern. Freilich müssen wir an dem Schul-
kompromiß, das die konfessionelle Schule erhält, nach-
dem wir es beschlossen haben, auch festhalten. Die
Bildung der jungen Lehrer hat auf höheren Schulen
zu geschehen. Wir begrüßen den Erlaß des Ministers
über die Elternbeiträge. Ebenso wichtig ist das Schiem
der Lehrkräfte. Die Jugend darf nicht politisiert wer-
den. Das Wesen der neuzeitlichen Demokratie besteht
darn, daß das Volk sich Vertrauensleute wählt, denen
es dann aber auch mit Vertrauen die Sache über-
läßt. Die frühere Regierung hat die Schule ledig-
lich als Regierungsmaschine betrachtet. (Lebhafte
Zustimmung links.) Das hat jetzt aufgehört! Die
Machtmittel der Universität dürfen nicht mißbraucht
werden, um das Eigenleben der Studentenschaft zu
ersticken.

Abg. Dr. Lauscher (Zentr.): Eine völlige Bezie-
hungslosigkeit des Staates zur Kirche würde nur zum
Schaden des Staates ausschlagen. (Lebhafte Zustimmung
links.) Die Religion ist die geborene Hüterin des Ge-
meinsinns. Die politisierenden Bestrebungen der
Kirche müssen fallen. Wir wollen die Dinge nach dem
Grundsatz „scheidungsfriedlich“ regeln. Gefäßigkeit ist
hier am wenigsten Platz. Auf die Konfessionsschule
verzichten wir nicht.

Abg. Dr. Nabe (Dem.): Wir vertennen den Kultur-
wert der Kirche keineswegs. Wir wünschen aber nicht,
daß die Kirchenpolitik Parteipolitik wird. (Sehr rich-
tig: bei den Demokraten.) Leider hört man jetzt so
oft politischen Rank in der Kirche. (Zustimmung links.)
Die Rechte verleiht es, die Kirche als Hort der Reaktion
auszunutzen. Allein eine Volksabstimmung kann dem
neuen Kirchenwesen Autorität geben. Es handelt sich
hier um eine Frage des Rechts und der Liebe. (Bei-
fall bei den Demokraten.)

Abg. Dr. Klingemann (Dnatl.): Das alte Band zwi-
schen Staat und Kirche läßt sich nicht einfach mit einem
Federstrich lösen; am wenigsten auf dem Wege einer
Verordnung. Die Gleichgültigkeit gegen die Kirche artet
immer mehr zur Kirchenfeindschaft aus.

Kultusminister Oetlich: Einer denkbar großen
Mannigfaltigkeit der Kirche soll nichts in den Weg
gelegt werden. Diese Beratung des Kultus sollte keine
politische Frage werden. Dem Zentrumsredner gegen-
über bemerke ich, daß in diesem Augenblick es nicht
um Interesse der Allgemeinheit liegt, eine allgemeine
große Diskussion über religiöse Fragen, insbesondere
das Verhältnis zwischen Kirche und Staat zu entfesseln.
Im Interesse der Koalition liegt es, wenn darauf
nicht eingegangen wird.

Es folgen noch Ausführungen der Abgeordneten
Prestle (Z. Hann.), Lauscher (Zentr.), Nierst (D. Sp.).
Nach 7 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung
auf Donnerstag.

Deutsches Reich.

— In Regierungskreisen wird mit Reichstags-
wahlen im April gerechnet.

Der belgische Senator Jasob ist in Nachen an-
kommen, um die Verhandlung mit der deutschen Regierung
betreffend Abtretung von Moresnet und der Bezirke
von Eupen und Malmedy an Belgien vorzubereiten.

Der Beauftragte der deutschen Regierung in Libau
ist mit dem Personal der Geandacht wohlhabenden in
Bajoren angekommen und nach Memel weitergefahren.

Die Kasseler Stadtverordnetenversammlung beschloß
mit 37 gegen 30 Stimmen, an der Kandidatur Schiede-
mann festzuhalten und die Oberbürgermeisterstelle Kassels
nicht auszufüllen. Damit ist Schiedemanns Wahl ge-

sticht. Bekanntlich wird seine Wahl von der bürgerlichen Minderheit ausdrücklich abgelehnt.

Die politische Fraktion der neuen Gemeindevertretung in Hindenburg, welche über die Mehrheit verfügt, stellte einen Dringlichkeitsantrag, nach dem die Stadt Hindenburg wieder den ursprünglichen Namen Zabrze tragen soll.

In verschiedenen Gemeinden Oberschlesiens stellten die Polen den Antrag auf Aufhebung der polnischen Amtssprache und Aushebung eines vereinigten Dolmetschers zu den Sitzungen der Gemeindevertretungen.

Das Kapitalertragsteuergesetz. Der Nationalversammlung ist neben den anderen großen Steuergeboten auch der in seinen Grundzügen bereits zugegangene Entwurf eines Kapitalertragsteuergesetzes zugegangen. Der Reichsrat hat am ursprünglichen Entwurf der Regierung die Bestimmung geändert, daß Dividenden mit einer höheren Steuer (etwa 20 Prozent) als die übrigen Kapitalerträge (10 Prozent) belegt werden sollen. Es werden im jetzigen Entwurf gleichmäßig alle Beträge mit 10 Prozent belegt. Zum Schutz der kleinen Rentner ist eine Vorschrift aufgenommen, wonach die Kapitalertragsteuer zu drei Vierteln auf die Einkommensteuer angerechnet wird, wenn der Steuerpflichtige mehr als 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig ist, sein Einkommen nicht mehr als 5000 Mark beträgt und entweder nur aus Kapitalzinsen oder aus Kapitalerträgen in Verbindung mit Waisenpensionen, Ruhegehalt, Witwen- und Waisenpensionen und anderen Bezügen für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit fällt. Das Gesetz soll am 1. März 1920 in Kraft treten.

Eine Verwahrung Masuren. Die Vertretung der bodenständigen Bevölkerung des ostpreussischen Abstammungsgebietes hat in einem Schreiben an die alliierte Militärmission scharfen Protest erhoben gegen die von den Polen geplante Ernennung des Generalinspektors der Burche zum polnischen Vertreter bei der internationalen Kommission, die die Volksabstimmung in Ostpreußen vorzubereiten und durchzuführen hat. — Der Masuren- und Ermländerbund, der mit über 200 000 Mitgliedern fast 80 Prozent sämtlicher Abstammungsberechtigten umfaßt, protestiert gegen Burche's Zulassung in das Abstammungsgebiet, da er in Masuren seit Jahrzehnten großpolnische Agitation betrieb und jetzt an der Spitze des von der polnischen Regierung ins Leben gerufenen masurenischen Komitees in Warchau steht und die polnische Agitation in Ostpreußen leitet. Der Masuren- und Ermländerbund, der alle fried- und ordnungsliebenden Elemente des Abstammungsgebietes in sich schließt, sieht bei einem eventl. Aufenthalt des Generalinspektors Burche den ruhigen Verlauf der Abstimmung gefährdet, weil Burche durch die heftige Sprache in seinen in Masuren verbreiteten Auftritten das nationale Empfinden der Masuren verletze und schon jetzt überall im Abstammungsgebiet, wo die Mitteilungen der polnischen Presse über Burche's Abordnung bekannt wurden, leidenschaftliche Entrüstung ausglüht.

Monatliche Zulagen zu Verletztenrenten. Der Reichsanwalt veröffentlicht eine Verordnung über die Gewährung von Zulagen zu Verletztenrenten aus der Unfallversicherung. Danach wird Verletzten, die auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung eine Rente von zwei Dritteln oder mehr der Vollrente beziehen für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis zum 31. Dezember 1920 auf Antrag eine monatliche, im Voraus zahlbare Zulage zu ihrer Rente gewährt, wenn sie nicht Ausländer sind, die sich im Ausland aufhalten, und wenn nicht Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird. Das gleiche gilt für Verletzte, die auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung mehrere Renten von je weniger als zwei Dritteln der Vollrente beziehen, wenn die Hundertteile ihrer Rente zusammen mindestens die Zahl 66% ergeben. Die Zulage beträgt monatlich 20 Mark.

Deutscher Protest bei der englischen Regierung. Es bestätigt sich, daß auch zwei Kriegsgefangenenlager in England noch nicht geräumt sind, obwohl dort weder Bombenwerfer noch Flieger untergebracht sind. Es sind dies die Lager in Wakefield und Ribon. Die

deutsche Regierung hat an die englische eine Anfrage gerichtet, aus welchen Gründen die Heimsendung dieser Gefangenen verzögert wird. Eine Antwort auf diese Anfrage ist bisher noch nicht eingegangen. — Die internierten Scapa Flow-Mannschaften erklären, daß sie lieber noch in Gefangenschaft bleiben wollen, als daß die deutsche Regierung ihren wegen des Schiffbaumaterial der Entente ausliefern.

Deutsch-Afrika in englischer Hand. Das Hamburger Fremdenblatt berichtet aus London, daß nach der „Rechtinformation“ der englische Verwalter in Deutsch-Afrika Whitt mit mehreren englischen Beamten in Dar-es-Salaam angekommen ist, um die Landesverwaltung neu zu organisieren. Die früheren deutschen Angestellten wurden reiflos ausgewiesen und ihr Eigentum den freigewordenen englischen Kolonisten zugewandt.

Anzeige wegen Hochverrats gegen Elarz. Eine Anzahl von Mitgliedern der Nationalversammlung hat gegen Georg Elarz, von dem wegen angeblicher Störungen auf Grund amtlicher Ausweise in der letzten Zeit bereits wiederholt in der Presse die Rede war, beim Oberreichsanwalt in Leipzig Anzeige wegen Hochverrats erstattet. Wie es in dieser Anzeige heißt, war der beschuldigte Elarz vor der Revolution zusammen mit seinem Geschäftsfreunde, dem früheren russischen Volkswissenschaftler Dr. Delband, gen. Parvus (zurzeit im Ausland), im Nachrückdienst der Regierung tätig. Nach dem Ausbruch der Revolution ließ er insbesondere den Regierungsmitgliedern Scherzmann und dem jetzigen Reichswehrminister Noske Dienst. Er habe insbesondere die Verpflegung von Truppen, u. a. das Regiment Reichswehr übernommen. Trotz dieses Vertrauensverhältnisses vertrat er im März dieses Jahres während der Unruhen verschiedene Truppenführer zu veranlassen, der Regierung den Gehorsam zu verweigern, sich an den etwa erforderlichen Kämpfen gegen die Aufrührer nicht zu beteiligen, sondern neutral zu bleiben. Außerdem verhandelte er vergeblich mit dem Kommandanten des Regiments Reichswehr zu dem Zwecke, Waffen und Munition zu einer Unternehmung gegen die bestehende Regierung, wie er ausdrücklich erklärte, zu erlangen. Die Verhandlungen zerfielen. Aus der Verhandlung wird sich ergeben, daß es den Beschuldigten darauf ankommen war, die damals bestehende Regierung zu stürzen, also die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu stürzen.

Rundschau im Ausland.

Der Räterat hat beschlossen. die neue ungarische Regierung aufzufordern, Friedensverträge nach Paris zu entsenden.

Infolge Differenzen zwischen den beiden tschechischen sozialistischen Parteien ist in Prag eine Wählerliste ausgedroht.

Die Washingtoner internationale Arbeitskonferenz hat ihre Arbeiten beendet. Sitz des internationalen Arbeitsamtes wird vorerst London sein.

Belgien: Die Brüsseler Völkerbundkonferenz.

Ein Hauptpunkt der Brüsseler Völkerbundkonferenz bildet zunächst die Zulassung der Zentralmächte. Es wurde beschlossen, daß diese Zulassung nicht eher eintreten dürfte als sämtliche an der Konferenz beteiligten Vereinigungen ihre Gutheißung. Dieser Beschluß entsprach dem französischen Standpunkt, während die englischen Vertreter die Aufstellung vertraten, daß mit der allgemeinen Zustimmung der Aufnahme der Zentralmächte nicht gezögert werden dürfte, denn man dürfe nicht solche Teile des deutschen Volkes aus dem Völkerbund ausschließen, die im guten Glauben gehandelt hätten. Zum Sitz der Völkerbundliga wurde Brüssel bestimmt.

Frankreich: Die amerikanischen Truppen haben Paris verlassen.

Die letzten amerikanischen Regimenter haben Paris am 1. Dezember verlassen, um nach den Vereinigten Staaten zurückzukehren. Am 25. d. M. wird der Kampfer „America“ die amerikanische Abordnung der Friedenskonferenz nach Amerika zurückbringen. In Paris bleiben ein General mit seinem Stabe, 100 Offiziere und 250 Mann bis zum 31. Dezember.

Italien: Die neue Generalkonferenz. Am Anstoß an die monarchistischen Kundgebungen bei der feierlichen Eröffnung des Parlaments kam es in Rom, Florenz und Mailand zu blutigen Zusammenstößen. Mehrere sozialistische Abgeordnete wurden verhaftet. In Mailand wurden bei den Krawallen zwei Personen getötet und zahlreiche verwundet. In Rom, Mailand und Florenz wurde darauf hin der Generalkrieg erklärt. In Rom haben sich auch die Buchdrucker dem Streik angeschlossen, so daß die Zeitungen vorläufig nicht erscheinen können.

Amerika: Der Friede — was im amerikanischen Senat.

Nach einem Pariser Bericht des „Secolo“ wird in den nächsten Sitzungen des amerikanischen Senats die Ratifikation des Friedensvertrages von Versailles wieder zur Sprache kommen. Vom Bericht des Präsidenten Wilson an den Senat erwartet man großen Einfluß auf die Diskussion selbst. In den Kreisen der Demokraten rechnen man mit bedeutenden Zugeständnissen, die Wilson machen will, um die endgültige Ratifizierung des Vertrages zu vermeiden.

Vereinigte Staaten: Ein amerikanischer Wahlstand.

Gegen den Senator Ford, der bei der letzten Wahl den Demokraten Nord geschlagen hat, ist Anklage wegen Wahlbetrugs und Verletzung erhoben worden. Gleichzeitig richtet sich die Anklage gegen eine Reihe hervorragender Politiker in Michigan. Die Beamten erklären, daß man es mit einem Skandal zu tun habe, der gleichen sogar in der Geschichte der Vereinigten Staaten selten sei.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Bielefeld, den 5. Dezember 1919.

Das Bezirkskartell Bielefeld der christlich-nationalen Gewerkschaften veranstaltet am kommenden Sonnabend einen Vortragsabend. Herr Bundessekretär P. O. Ruppel aus Berlin wird über die „Bedeutung der Bodenreform für die Zukunft des deutschen Volkes“ reden. Herr Ruppel ist einer der besten Redner des Bundes deutscher Bodenreformer. Die Veranstaltung ist am 6. Dezember, abends 7½ Uhr, im Restaurant Debour (Friedenshalle), Herforderstraße 84. Mitglieder und Freunde der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung sind zu dieser Veranstaltung freundlichst eingeladen. (Siehe Anzeige in der heutigen Zeitung.)

Letzte Nachrichten.

Kampfsache der Nachbarn. Am dem Parteitag der U. S. P. D. in Leipzig führte Crispian-Beck in seinem Referat über „Programme und Taktik der Partei“ u. a. aus: „Wir dürfen nicht liebäugeln mit den Sozialisten und ihrem Anhang. Die Diktatur ist notwendig, um die bürgerliche Demokratie niederzurufen. Wenn jemand sich Demokrat nennt, muß man ihn fragen, ob er bürgerlicher oder sozialistischer Demokrat sei. Durch Diktatur kommen wir zur wahren Demokratie. Das muß jeder verstehen, selbst wenn er so richtig eingeschätzt wird, um Präsident der bürgerlichen Republik zu sein. Für den nächsten 9. November werden wir vorbereitet sein, und wir werden dann gewiß sein, die Diktatur festzuhalten. Wenn man unseren Willen, die Diktatur für die Menschheit zu erfüllen, hindern sollte, so werden wir Gewalt der Gewalt entgegenstellen.“ Ein Antrag, die Rede Crispians als Agitationsbrochure drucken und verbreiten zu lassen, wurde einstimmig begrüßt.

Orlando italienischer Kammerpräsident. In der italienischen Kammer wurde der Kandidat der Regierung, der frühere italienische Ministerpräsident Orlando, mit 251 Stimmen zum Kammerpräsidenten gewählt. Der Kandidat der Sozialisten Dazari erhielt 143 Stimmen.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraus, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74. Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schleichbach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle: Millionen-Steinweg Bethel bei Bielefeld. Postfach 7382 Hannover.

Bezirkskartell Bielefeld der christl.-nationalen Gewerkschaften.

Einladung zum Vortragsabend
am Sonnabend, den 6. Dezember, abends 7½ Uhr
im Restaurant Debour, Herforderstraße 84.

Bundessekretär P. O. Ruppel aus Berlin spricht über:

Was bedeutet die Bodenreform für die Zukunft des deutschen Volkes?

Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen.

Tapetenreste
und
zurückgesetzte Tapeten
in großer Auswahl billigst.
Schröder & Baum,
Bahnhofstraße 43.

Butterverkauf im Landkreis Bielefeld.

In der Woche vom 1. bis 7. Dezember wird auf die Krankenmarke über 50 Gramm, gültig für den 5. und 6. Dezember,

50 Gramm Butter zu 46 Pfg.

verteilt.

Die Ausgabe der Butter für die Butterverkaufsstellen erfolgt am Donnerstag und Freitag dieser Woche vom Lager Rohrteichstraße.

Die Marken für Butter sind nach stattgefundenem Verkauf im Kriegswirtschaftsamt, Zimmer 22, abzugeben.

Bielefeld, den 2. Dezember 1919.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Heilversuchverband des Ev. Johannesstifts Spandau

nimmt christlich gesinnte, gesunde und arbeitsfreudige Mädchen von 18 bis 30 Jahren für die verschiedenen Zweige der Anstaltsarbeit, Wasche, Küche, Kinderpflege, Erziehung, auf. Z. Zt. wegen vermehrter Arbeit Plätze frei. Meldungen an **Pastor Bunke.** Eintrittsbedingungen auf Wunsch.

Gesucht
ein älteres Mädchen
oder alleinst. Frau

für ein Pflegehaus auf dem Lande zur Sorge der Hausmutter bei der Pflege und Erziehung der Kinder und für die Haushaltung. Lohn 40 Mk.

Angebote an Hausvater **Kammer, Kirchstraße.**

40jähr. Wirtschaftlerin

in allen Zweigen eines Landhauswirtschafts gründlich erfahren, welche keine Arbeit scheut, sucht Stellung in einem gläubigen Hause zum 1. Jan. 1920.

Frau Säger, Wendisch Buchholz i. d. Mark.

Dr. Hey's giftige Kräuter-
kuren in Verbindung mit
Homöopathie.

1. Wer seinen Körper reinigen und das Blut erfrischen will, mache eine solche Kräuterkur. (Genaue Angaben über den derzeitigen Gesundheitszustand notwendig.)

2. „Frauenwohl“ zur Erleichterung der Geburt.

3. Kräutermischungen gegen Gellenstein u. Reberschwellungen.

Dr. Hey,
früher Kaiser Hofmediziner,
Bückeburg, (Sch. Lippe).

Das Jenseits,
der Zustand der Verstorbenen bis zur Auferstehung. Eine gläubige Erfahrungswissenschaft, kein Phantasieprodukt. Nr. 3. — Franco Vorienbung oder Mk. 3,25 Nachnahme.

Blutkreis-Verjüngungsmittel
Paul Knigk, Prenzlau 1.

Mädchen
aus christl. er. Familie für Küche und Haus, wegen Heirat des jetzigen, zum 1. Januar oder früher gesucht.

Frau von Scheven,
Bielefeld, Spickardstr. 13.

Geübte Stickerin
für Loch- und Flachstickmaschine
gesucht.
Wilh. Struck, Soest,
Kunst- und mechan. Stickerei.

Herrnhut Sa.
Töchterheim der evang. Brüdergemeine, Christi, Erziehung, sorgfältige Verpflegung, schöne, waldreiche Umgebung.
M. Hoffmann, Vorsteherin.

Die große Schar

unserer elenden Krüppel, Stochen, Dioten, (1000), bittet in diesem Jahre besonders herzlich, ihrer zum Weihnachtstfest in barmherziger Liebe zu gedenken. — Freundliche Spenden nimmt dankbarst entgegen **D. S. Braun, Superintendent,** Vorstand der Krüppelhäuser, Angerburg, Ostpr. Postfach 1000 Königsberg 2423.)

Statt besonderer Anzeige!

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, heute morgen meine liebe Frau, unsere gute, treue Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Luise Hufendiek
geb. Hufendiek

nach mit viel Geduld getragenen Leiden zu sich zu nehmen. Offb. 12. V. 11.

Sie hat überwunden durch des Lammes Blut usw. Es bitten um Teilnahme:

Wilhelm Hufendiek,
Luis Hufendiek,
Johanne Hufendiek,
Willy Hufendiek,
Paula Hufendiek,
Marie Hufendiek,
Ernst Hufendiek,
Riechen Hufendiek, Diakonissin,
Johanne Brünger, geb. Hufendiek.

Theesen, Borgholzhausen, Schildesche, den 3. Dezember 1919.

Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Dezember 1919, vom Trauerhause Theesen Nr. 67 aus statt.

Anfang der Feier im Hause 1½ Uhr, 3 Uhr in der Kirche.